

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1998

Ausgegeben am 12. Juni 1998

Teil III

95. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Mazedonischen Regierung über die wirtschaftliche, landwirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit

95.

ABKOMMEN ZWISCHEN DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDESREGIERUNG UND DER MAZEDONISCHEN REGIERUNG ÜBER DIE WIRTSCHAFTLICHE, LANDWIRTSCHAFTLICHE, INDUSTRIELLE, TECHNISCHE UND TECHNOLOGISCHE ZUSAMMENARBEIT

Die Österreichische Bundesregierung und die Mazedonische Regierung, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind,

- vom Wunsche geleitet, die bestehenden Außenwirtschaftsbeziehungen fortzusetzen und auszubauen,
 - in der Absicht die wirtschaftliche, landwirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und des beiderseitigen Vorteils zu fördern und zu vertiefen,
 - in der Überzeugung, daß dieses Abkommen eine günstige Voraussetzung und eine geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit und zur strukturellen Veränderung der mazedonischen Wirtschaft in der Übergangsphase zur Marktwirtschaft schafft,
 - im Hinblick auf die Bestrebungen beider Staaten, an einer umfassenden europäischen Integration teilzunehmen,
 - im Wissen um die Bedeutung, die dem Umweltschutz bei der Weiterentwicklung der Wirtschaft zukommt,
 - ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,
- wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien werden um die Fortsetzung, harmonische Weiterentwicklung und Ausweitung der bilateralen wirtschaftlichen, landwirtschaftlichen, industriellen, technischen und technologischen Zusammenarbeit bemüht sein.

(2) Diese Zusammenarbeit wird im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften, in Übereinstimmung mit den Rechten und Pflichten aus den Gründungsverträgen der Europäischen Gemeinschaft und den Verpflichtungen gegenüber dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und der Welthandelsorganisation (WTO) erfolgen.

Artikel 2

Den Zielsetzungen des Artikels 1 entsprechend, werden die Vertragsparteien im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten fördern.

Artikel 3

(1) Unter Bedachtnahme auf die bestehenden Außenwirtschaftsbeziehungen und den Stand der wirtschaftlichen, landwirtschaftlichen, industriellen, technischen und technologischen Zusammenarbeit stimmen die Vertragsparteien überein, daß günstige Möglichkeiten für eine langfristige Zusammenarbeit insbesondere in folgenden Bereichen gegeben sind:

- Landwirtschaft und Agrartechnik;
- Forst- und Wasserwirtschaft;

- Agro- und Lebensmittelindustrie, Verarbeitung und Lagerung landwirtschaftlicher Produkte;
- Tabakindustrie;
- Leichtindustrie, insbesondere Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie;
- holzverarbeitende, Papier- und Zellstoffindustrie;
- Bergbau, mineralische Roh- und Grundstoffe;
- Metallurgie, metallbe- und -verarbeitende Industrie;
- Maschinen- und Anlagenbau;
- chemische und petrochemische Industrie;
- Bauwesen, einschließlich Baumaterialienindustrie, Baustoffprüfung;
- Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau, Automation bestehender Anlagen und Industrien;
- Energiewirtschaft, einschließlich energiesparende Technologien;
- Errichtung und Revitalisierung von Kraftwerken und Leitungsnetzen;
- elektronische und elektrotechnische Industrie;
- wissenschaftliche Geräte und Geräte für die Metrologie;
- Gesundheitswesen, Medizintechnik, medizinische, kosmetische und pharmazeutische Industrie;
- Normenwesen und Konformitätsbewertung;
- Qualitätskontrolle und Prüfungswesen, Standardisierung und Zertifizierung;
- Umwelt-, Natur-, Landschafts- und Bodenschutz;
- Privatisierungskonzepte;
- Marketing, Consulting und sonstige Dienstleistungen;
- gewerblicher Rechtsschutz;
- Messe- und Ausstellungswesen.

Artikel 4

Die Vertragsparteien werden der Zusammenarbeit bei der Entwicklung ökologisch vertretbarer und wirtschaftlich vernünftiger Infrastruktursysteme in folgenden Bereichen höchstes Interesse widmen:

- Energie;
- Eisenbahn;
- Luftfahrt;
- Telekommunikation;
- Wasserwirtschaft;
- Abfallwirtschaft und Recycling.

Artikel 5

Bei der Verwirklichung der Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens werden die Vertragsparteien moderne und umweltfreundliche Technologien sowie die Schonung ökologischer Ressourcen anstreben und unterstützen. Die Projekte sollen nach dem neuesten Stand der Technik verwirklicht werden.

Artikel 6

Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften

(1) und auf Grundlage der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen Reisen, Rom 1963, und der „Tourismus-Charta und Touristencode“, Sofia 1985, werden beide Vertragsparteien den Tourismus fördern;

(2) wird die fachliche, wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten, insbesondere in den Bereichen Hotelbau, Tourismuskomplexe, Gesundheits-, Berg-, Wasser- und Sporttourismus, sowie beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur nach den Grundsätzen des Umweltschutzes und des qualitativen Tourismus erfolgen.

Artikel 7

Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften Beratungsleistungen sowie die Aus- und Weiterbildung von Fachleuten und Managern vor allem auf dem Gebiete der Außenwirtschaft, der Wirtschaftsverwaltung, des gewerblichen Rechtsschutzes, des Tourismus, des Patent-, Bank-, Finanz- und Versicherungswesens fördern.

Artikel 8

Die wirtschaftliche, landwirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit könnte vorwiegend in folgenden Formen verwirklicht werden:

- Kooperationsvereinbarungen zur effizienteren Ausnutzung von Produktionskapazitäten, Minimierung der Produktionskosten und Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit;
- Gründung von Gemeinschaftsunternehmen, Errichtung von Handelsvertretungen und -niederlassungen;
- Investitionen und Unternehmensbeteiligungen auch im Rahmen der Privatisierung;
- Technologie- und Know-how-Transfer;
- Entwicklungs- und Technologieprojekte;
- angewandte Forschung;
- Informationsaustausch über Patente, Lizenzen sowie sonstige gewerbliche Schutzrechte;
- Harmonisierung von Normen und technischen Vorschriften;
- Beratungsleistungen insbesondere in den Bereichen finanzielle und Bankdienstleistungen, Marketing, Controlling, Entwicklung von Unternehmensstrategien, Kostenrechnung und sonstige Dienstleistungen;
- Erstellung von Feasibility-Studien;
- Informationsaustausch auf dem Gebiet der Standardisierung und Metrologie;
- Organisation und Durchführung von gemeinsamen Seminaren, Symposien und Konferenzen, Austausch von Delegationen und Experten;
- Austausch von juristischen, wirtschaftlichen, statistischen und technischen Informationen, Dokumentationen und Publikationen;
- Zusammenarbeit der Wirtschaftskammern und Unternehmerverbände.

Artikel 9

Die Vertragsparteien werden den Schutz des gewerblichen Eigentums und dessen Durchsetzung im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und insbesondere auf Grundlage der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums fördern sowie Maßnahmen zur Weiterentwicklung und zum Ausbau der Zusammenarbeit vereinbaren.

Artikel 10

Falls keine andere Vereinbarung getroffen wird, erfolgt die wirtschaftliche, landwirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Staaten im Rahmen dieses Abkommens auf kommerzieller Grundlage und nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen.

Artikel 11

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an.

Im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten könnte österreichischerseits Know-how auf dem Gebiet der Finanzierungsform von Klein- und Mittelbetrieben zur Verfügung gestellt werden.

Artikel 12

Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen. Wird kein Einvernehmen erzielt, empfehlen die Vertragsparteien die freie Wahl von internationalen Schiedsgerichten.

Artikel 13

(1) Mit dem vorliegenden Abkommen wird ein „Gemischter Ausschuß“ errichtet, welcher auf Vorschlag einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd in Österreich oder in Mazedonien einberufen wird.

(2) Zu den Aufgaben dieses Gemischten Ausschusses gehören insbesondere:

- a) Erörterung des Standes und der Entwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen,
- b) Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung und Intensivierung des Warenaustausches und der wirtschaftlichen, landwirtschaftlichen, industriellen, technischen und technologischen Zusammenarbeit,
- c) Festlegung der Prioritäten der künftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit,
- d) Unterbreitung von Empfehlungen zur Verwirklichung der Ziele dieses Abkommens.

Artikel 14

Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Anwendung oder Auslegung des vorliegenden Abkommens sollen durch Verhandlungen im Rahmen des im Artikel 13 genannten Gemischten Ausschusses beigelegt werden.

Artikel 15

(1) Dieses Abkommen gilt unbeschadet und vorbehaltlich der Verpflichtungen, die sich aus der Zugehörigkeit Österreichs zur Europäischen Union ergeben. Die Bestimmungen des Abkommens können daher auf keinen Fall in der Weise geltend gemacht oder ausgelegt werden, daß sie die Verpflichtungen, die sich aus dem Vertrag über die Europäische Union oder aus den Abkommen der Europäischen Gemeinschaft mit einer Vertragspartei des vorliegenden Abkommens ergeben, aufheben oder berühren.

(2) Im Falle von Unklarheiten hinsichtlich der Auswirkungen des Abs. 1 werden die Vertragsparteien diesbezügliche Konsultationen aufnehmen.

Artikel 16

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind. Die Inkrafttretensfrist beginnt mit Eintreffen der letzten erforderlichen Notifikation zu laufen.

(2) Das vorliegende Abkommen wird für die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

Geschehen zu Skopje, am 6. Juni 1997 in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und mazedonischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Österreichische Bundesregierung:

Johann M. Sachs

Für die Mazedonische Regierung:

Erol Hasan

СПОГОДБА

меѓу Македонската Влада и Австриската Сојузна Владата за стопанска, земјоделска, индустриска, техничка и технолошка соработка

Македонската Влада и Австриската Сојузна Влада во понатамошниот текст "Договорни страни"

- водени од желбата да ги продолжат и прошират посточките надворешно-трговски односи,
- со желба стопанската, земјоделската, индустриската, техничката и технолошката соработка да ја унапредат и продлабочат црз основа на взаемност и заеднички предноси,
- со убедување дека оваа Спогодба создава поволни претпоставки и прикладна основа за понатамошен развој на соработката и структуралните промени на македонското стопанство во преодната фаза во пазарното стопанство,
- во поглед на стремежите на двете држави за учество во опсежната Европска интеграција,
- знаејќи го значењето на заштитата на човековата средина при понатамошниот развој на стопанството,
- тргнувајќи од пазарно-стопанските основни начела,

се договорија за следново:

Член 1

1. Договорните страни ќе се трудат за продолжување, за хармоничен понатамошен развој и проширување на билатералната стопанска, земјоделска, индустриска, техничка и технолошка соработка.

2. Таа соработка ќе се одвива во рамките на важечкото национално законодавство на нивната држава, согласно со правата и обврските од основниот договор на Европската заедница и обврските кон Општата спогодба за царина и трговија (GATT) и Светската трговска организација (WTO).

Член 2

Соодветно на поставените цели од член 1, договорните страни во рамките на своите можности ќе ги потпомогнат надворешно-трговските односи помеѓу претпријатијата, организациите, друштвата и институциите на двете држави, понатаму наречени "Претпријатија".

Член 3

1. Со оглед на посточките надворешно-трговски односи и состојби на стопанската, земјоделската, индустриската, техничката и технолошката соработка, Договорните страни се согласија дека најповолни можности за долгогодишна соработка се дадени особено во следниве области:

- земјоделство и агро-техника;
- шумарство и водостопанство;
- агро-индустрија и прехранбена индустрија, преработка и складирање на земјоделски производи;
- тутунска индустрија;
- месна индустрија, посебно текстилна, конфекција и кожарска индустрија;
- дрвна преработка, индустрија за хартија и целулоза,
- рударство, минерални сировини и елементи; металургија, металообработувачка и металопреработувачка индустрија;
- машиноградба и опрема;
- хемиска и петрохемиска индустрија;
- градежништво, вклучувајќи ја индустријата за градежни материјали, испитување на градежни материјали;
- ревитализација, модернизација, изградба, автоматизација на постоечките опреми и индустрии;
- енергетика, вклучувајќи технологии за заштеда на енергијата
- изградба и ревитализација на електрични централи и далеководни мрежи;
- електронска и електротехничка индустрија
- научни апарати во областа на металургијата;
- здравство, медицинска техника, медицинска, козметичко и фармацевтска индустрија;
- нормативи и процена на усогласеноста;
- контрола на квалитетот и испитување, стандардизација и сертификати;
- заштита на околината, природата, земјоделството и почвата; концепти на приватизацијата;
- маркетинг, консалтинг и други услуги;
- занаетчиска и индустриска правна заштита;
- саеми, изложби.

Член 4

Договорните страни најголем интерес ќе посветат на соработката во развојот на соодветни еколошки застапените и стопанско соодветните системи на инфраструктура, особено во следниве области:

- енергија;
- железарница;
- воздухопловство;
- телекомуникација;
- водостопанство;
- отпад и рециклирање.

Член 5

При остварување на соработката, а во рамките на оваа Спогодба, договорните страни ќе се страмат и ќе ги поддржуваат модерните и за околината погодни технологии како и за зачувување на еколошките ресурси. Проектите треба да бидат реализирани спрема најновата состојба на техниката.

Член 6

Во рамките на важечкото национално законодавство на државите

1) и врз основа на препораките на Конференцијата на Обединетите нации за туризам и меѓународни патувања, Рим 1963 и "Туристичката повелба и туристичкиот кодекс", Софија 1985, и двете договорни страни ќе го унапредуваат туризмот;

2) ќе уследи стручна, стопанска, индустриска, техничка и технолошка соработка кај туристичките проекти, особено во областите на градење хотели, туристички комплекси, здравствен, планински, воден и спортски туризам, како и при изградувањето на соодветната инфраструктура кон начелата за заштита на околината и на квалитативниот туризам.

Член 7

Договорните страни ќе ги унапредуваат, советодавни услуги во рамките на нивните можности и во рамките на важечкото законодавство на односната земја и во областа на образованието и понатамошното усовршување на стручњаци и менаџери, пред се во областа на економските односи, стопанската управа, занаетчиската и индустриската заштита, туризмот, патентирањето, банкарството, финансиите и осигурувањет.

Член 8

Стопанската, земјоделската, индустриската, техничката и технолошката соработка може да биде остварена, пред се во следните форми:

- кооперациони договори за ефикасно искористување на производните капацитети, минимализирање на производните трошоци и зголемување на меѓународно-конкурентската способност на производитите;
- основање на заеднички претпријатија, формирање на трговски претставништва и филијали;
- инвестиции и учество на претпријатијата исто и во рамките на приватизацијата;
- трансфер на технологии и know-how;
- проекти за развој и технологии;
- применето истражување;
- размена на информации за патенти, лиценци, како и индустриските заштитни права;
- усогласување на нормите и техничките прописи;
- советодавни услуги, особено во областа на финансиските и банкарските услуги, маркетинг, контрола, развој на стратегиите на претпријатијата, пресметка на трошоците и посебни услуги;
- изготвување на Feasibility - студии;
- размена на информации од областа на стандардизацијата и метеорологијата
- организирање и спроведување на заеднички семинари, симпозиуми и конференции, размена на делегации и експерти;
- размена на правни, стопански, статистички и технички информации, документации и публикации;
- соработка на Стопанските комори и претприемачки здруженија.

Член 9

Договорните страни ќе ја потпомагаат заштитата на индустриската сопственост и нејзиното остварување во нивните можности и во дотичните земји во согласност со важечкото законодавство, особено врз основа на Париската Спогодба за заштита на индустриската сопственост, како и договарање на мерки за понатамошен развој и надградба на соработката.

Член 10

Доколку не биде постигнат друг договор, следи стопанска, земјоделска, индустриска, техничка и технолошка соработка меѓу претпријатијата на двете држави во рамките на оваа Спогодба врз комерцијална основа, а согласно основните начела на пазарното стопанство.

Член 11

Договорните страни ја признаваат корисноста и потребата за поголемо учество на малите и средни претпријатија во билатералните надворешно-трговски односи.

Во рамките на можностите од австриската страна да се даде на располагање know - how во областа на формите и финансирање на мали и средни претпријатија.

Член 12

Договорните страни им препорачуваат на претпријатијата, за разрешување на споровите, изнаоѓање пред се на пријателски решенија со заемен договор. Доколку тоа не е можно, договорните страни препорачуваат слободен избор на меѓународен арбитражен суд.

Член 13

1) Со оваа Спогодба се формира "Мешовита комисија", која на предлог на една од двете договорни страни, наизменично ќе биде свикувана во Австрија или во Македонија.

2. Во задачите на оваа мешовита комисија спаѓаат особено:

а) разгледување на состојбата и развојот на билатералните надворешно-трговски односи;

б) изработка на предлози за подобрување и интензивирање на размената на стоки и стопанска, земјоделска, индустриска, техничка и технолошка соработка,

в) утврдување на приоритетите во идната стопанска соработка;

г) давање на препораки за остварување на целите на оваа Спогодба.

Член 14

Разликите во мислењата помеѓу договорните страни за примената на толкувањето на оваа Спогодба, треба да бидат отстранети со преговори на Мешовитата комисија во согласност со член 13.

Член 15

1) Оваа Спогодба важи неповредувајќи ги и задржувајќи ги обврските, кои потекнуваат од припадноста на Австрија кон Европската Унија.

Условите од оваа Спогодба затоа во никој случај не можат да важат и да се сфатат на начин, дека ги укинуваат или се засноваат на обврските кои потекнуваат од Договорот за Европската Унија или од Спогодбата на Европската заедница со една од договорните страни на оваа Спогодба.

2) Во случај на нејасноти во врска со последиците од став 1, договорните страни превземаат консултации.

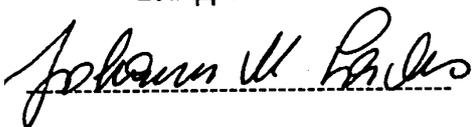
Член 16

1) Оваа Спогодба стапува во сила првиот ден од третиот месец, кој следи на оној месец во кој договорните страни една со друга ќе се известат, дека се исполнети предусловите во двете земји за стапување во сила на оваа Спогодба. Рокот на стапување во сила отпочнува со пристигање на последното потребно известување.

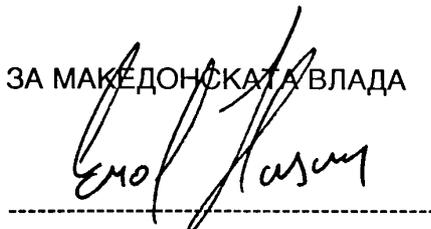
2) Поднесената Спогодба се склучува за времетрање од две години и се продолжува за по една година, ако не се прекине три месеци пред истекнување на нејзината важност по писмен дипломатски пат од една од договорните страни.

Склучена во 06.06. Краје, на _____ 1997 година во два оригинална, на германски и македонски јазик, при што и двата текста се идентични.

ЗА АВСТРИСКАТА СОЈУЗНА
ВЛАДА



ЗА МАКЕДОНСКАТА ВЛАДА



Die Notifikationen gemäß Art. 16 Abs. 1 des Abkommens wurden am 31. Oktober 1997 bzw. 29. April 1998 vorgenommen; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 16 Abs. 1 mit 1. Juli 1998 in Kraft.

Klima